

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konforbistraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Konforbistraße 7.
Druck und Versand: Joh. van Rhen, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4692.

Abschied nach dem Urlaub.

Die Stunde schlägt. Wir müssen scheiden.
Es ruft die große, heilige Pflicht.
Laß uns das Schwere würdig leiden.
Die Klage ziemt uns heute nicht.

Komm' her und laß uns beten, beten . . .
Dann gib mir deine liebe Hand
Und laß uns zu den Kindern treten,
Die spielen in des Glückes Land.

„Ge, Vater, sieh, mein Sepp will springen!“
„Und meine Lotti lacht dazu!“ —
„Mein Junge, wird dein Spiel gelingen?“ . . .
„Ja, Vater, komm' und hilf uns — du!“ —

Ich fühle fester deine Hände.
Ja, ja, das nenn' ich tiefes Glück!
Ob ich den Blick wohl von euch wende?
Und doch — ich muß, ich muß zurück!

Ja Liebste, reiche mir die Kleinen.
Auf jeden Mund den liebsten Kuß!
Und dann den Segen! — Laßt das Weinen.
Es ist ein großes, heil'ges Muß.

Noch rasch in deiner Augen Treue
Ein Blick! Noch einen Kuß! — dann fort!
Ich geh' für euch! Nichts was ich scheue.
Ihr seid bei mir an jedem Ort.

Ihr betet! Gott wird mit mir gehen.
Es kommt ein neuer, schöner Tag.
Er bringt uns Glück und Wiedersehen.
Ich hör schon seinen Glockenschlag.

Theodor Seidenfaden (zurzeit im Felde).

Zur Zusammenlegung der Betriebe in der Textilindustrie.

I.

Die Rohstoffknappheit wird in unserer Industrie immer empfindlicher. Der Heeresbedarf muß aber, selbst für eine längere Kriegsdauer gerechnet, sicher gestellt bleiben. Da ergeben sich für die Industrie und das Privatpublikum von selbst unvermeidliche Einschränkungen. Die Krise ist in letzter Zeit noch sehr verschärft worden durch die Kohlennot und besonders infolge der Transportschwierigkeiten.

Das Kriegsamt hat daher wohl oder übel an die undankbare und schwierige Aufgabe der Zusammenlegung der Betriebe — besonders in der Baumwoll- und Wollindustrie — heran gehen müssen. Damit wird nun keineswegs, wie oft irrtümlicherweise behauptet worden ist, bezweckt, noch mehr Textilarbeiter arbeitslos zu machen. Das wäre Unsinn, da sie nur zu einem verschwindend kleinen Teil anderweitig Verwendung finden können. Lediglich die Rohstoffknappheit und die Verkehrsnot bilden die Hauptursachen dieser für uns so tiefeinschneidenden Maßnahmen.

Die Art und Weise des Vorgehens bezw. die Verteilung ist nun sehr stark kritisiert und angefochten worden. Speziell in den Kreisen der Baumwollindustriellen ist die Aufregung nicht gering gewesen. Wie ist das Kriegsamt

vorgegangen? Das Amt hat lediglich durch die ihm angeschlossene Kriegsrohstoffabteilung einen allgemeinen Ausschuß berufen, der seinerseits für die Regierung maßgebenden Grundsätze und Richtlinien für die Zusammenlegung der Betriebe zu beraten hatte. (Beider gehören diesem Ausschuß keine Arbeitervertreter an) Bei diesen Grundsätzen und Richtlinien war u. a. zu berücksichtigen:

1. die Festsetzung der geringen, zur Verfügung stehenden Rohstoffmenge;
2. die Sicherstellung des Heeresbedarfs;
3. die Transportnot;
4. deshalb größtmögliche Sparsamkeit mit allem Material und rationellste Ausnutzung der nur leistungsfähigsten Betriebe.

Die Festsetzung der Einzelheiten und die Bestimmungen darüber, welche Betriebe weiterhin beschäftigt bezw. Heeresaufträge erhalten sollen, wurden dem Kriegsausschuß der deutschen Industrie übertragen. Der Kriegsausschuß der deutschen Industrie ist naturgemäß eine weitverzweigte Organisation. Ihm gehören u. a. der Kriegsausschuß der deutschen Wollindustrie und der Kriegsausschuß der deutschen Baumwollindustrie an. Diesen beiden letztgenannten Ausschüssen gehören als Arbeitervertreter an die Kollegen: Schiffer (christl. Textilarbeiterverband), Jäckel (Deutscher Textilarbeiterverband) und Reichelt (S.-D. Gewerksverein).

Anscheinend hat sich nun der Kriegsausschuß der deutschen Industrie zunächst nicht an die Kriegsausschüsse der Woll- bezw. Baumwollindustrie gewandt. Jedenfalls haben die Arbeitervertreter Einladungen nicht erhalten und auf Beschwerde des Kollegen Schiffer wurde ihm erwidert: Plenarsitzungen der Ausschüsse hätten nicht stattgefunden. Wie bekannt, haben die drei Textilarbeiterverbände in derselben Angelegenheit sich auch durch zwei Eingaben beschwerdeführend an das Kriegsamt gewandt, und erst die zweite Eingabe hatte Erfolg.

Der Kriegsausschuß der deutschen Industrie hat vielmehr für die Ausarbeitung von Vorschlägen für die Betriebszusammenlegungen sogenannte Arbeitskommissionen gebildet. Diese Kommissionen setzten sich nur aus einem kleinen Kreise der interessierten Industriellen zusammen. Die große Menge der Fabrikanten wurde erst viel später, in der Baumwollindustrie zu spät, gehört; ihre Einsprüche und Wünsche blieben auch unberücksichtigt. Kein Wunder daher, daß die große Unzufriedenheit entstand.

In der Wollindustrie waren im allgemeinen ungefähr folgende Vorschläge ausgearbeitet worden:

1. Die auf den Bezirk eines jeden Generalkommandos entfallenden Kontingente (Teilaufträge) werden durch das zuständige Generalkommando nach folgenden Grundsätzen verteilt:
 - a) Beschäftigt werden in erster Linie die Wollbetriebe. Unter einem Wollbetrieb ist zu verstehen ein großes Werk, das Spinnerei, Färberei, Weberei, Walkerei und Appretur (kurz möglichst den ganzen Produktions- und Ausrüstungsprozeß) in sich vereinigt.
 - b) Soweit die Wollbetriebe die Aufträge nicht übernehmen und erledigen können, werden diejenigen Betriebe noch herangezogen, die dem Begriff „Wollbetrieb“ am nächsten kommen.
 - c) Betriebe mit 30 und weniger Webstühlen scheiden für die Weiterbeschäftigung aus.

2. Als volle Beschäftigung gelten 55% der früher festgestellten Leistungsfähigkeit.

Am 7. Februar fand im Hotel Arlon zu Berlin eine **Konferenz des Kriegsausschusses der deutschen Wollindustrie** (unter Anwesenheit der drei Arbeitervertreter) statt, welche diese Vorschläge zu prüfen und Stellung dazu zu nehmen hatte. Nach mehrstündiger Verhandlung wurden die Vorschläge mit einer kleinen Abänderung zugunsten der **Oera-Greizer Industrie** einstimmig genehmigt.

Hierzu ist noch folgendes zu bemerken:

1. **Seiber** war die westdeutsche Wollindustrie nur sehr schwach vertreten, **Aachen** z. B. nur durch einen einzigen Fabrikanten, der auch den Vorsitz bei den Verhandlungen führte. Allein auch eine zahlreichere Beteiligung der Woll- und Tuchindustriellen Westdeutschlands hätte an dem Ergebnis angesichts der Rohstoffknappheit, der Verkehrsnot und der festen Haltung des Kriegsamts kaum etwas ändern können. Zudem wäre eine stärkere Vertretung der westdeutschen Woll- und Tuchindustrie sehr erwünscht gewesen, weil dadurch in weit höherem Maße Aufklärung und Beruhigung hätte geschaffen werden können.

2. Es ist ein — besonders in Fabrikantenkreisen — weit verbreiteter Irrtum, daß über die Zusammenlegung der Betriebe lediglich die auf Grund des § 4 Abs. 2 des Hilfsdienstgesetzes für den Bezirk eines Stellvertretenden General-Landeskommandos zu errichtenden Ausschüsse zu entscheiden hätten. Diese Gesetzesbestimmung darf nicht so einseitig aufgefaßt werden. Praktisch regelt sich die Sache auch von selbst durch die Zuteilung von Rohstoffen und Zuerteilung von Aufträgen indirekt durch das Kriegsamt, das hierbei naturgemäß einen entscheidenden Einfluß hat.

3. Die Arbeiterfrage ist bei den Verhandlungen des Kriegsausschusses der deutschen Wollindustrie zu stiefmütterlich behandelt worden. Es bedurfte des sehr energischen Eingreifens der Kollegen **Jäckel** und **Schiffer**, um einigermaßen Geltung zu verschaffen. Dabei kam es zu Zusammenstößen zwischen den Arbeitervertretern einerseits und einzelnen Fabrikanten und einem Vertreter des Kriegsamts andererseits, bis letzterer schließlich ausführte, der Chef des Amtes, Herr Generalleutnant **Gröner**, werde über die Arbeiterfrage demnächst besondere Erklärungen abgeben.

Dies ist dann in der Sitzung des Hilfsdienstgesetz-Ausschusses des Reichstages vom 9. Februar geschehen. Darüber in der folgenden Nummer Näheres.

Vom Krieg.

Der letzte Teil des Weltkrieges.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, hat der letzte Abschnitt des Weltkriegen begonnen. Eine unheimliche Stille, gemessen an früheren Vorgängen, herrscht an allen Kriegsschauplätzen vor. Niemand täuscht sich darüber: es ist die Ruhe vor dem Sturm, der Zustand, der allgemeinen großen Entscheiden vorhergeht. Bald werden die Feinde gegeneinander anrennen und ein Kampf wird anheben, so gewaltig und blutig, wie die Weltgeschichte bisher keinen zu verzeichnen hatte. Alle menschlichen und technischen Kräfte werden auf das höchste angespannt sein, und wenn, wie wir zuversichtlich glauben, alle Anstrengungen der Feinde sich als vergeblich erweisen werden, wird dann das Maßlose weiteren Blutvergießens von ihnen eingesehen werden?

In dieser Zeit allgemeiner Spannung wurde der Entschluß der deutschen Regierung bekanntgegeben, mit dem rücksichtslosen U-Bootkrieg zu beginnen. Was als ultimo ratio in Bereitschaft gehalten wurde, wenn alle anderen Versuche, den Frieden herbeizuführen, umsonst bleiben, dieses Kampfmittel wird jetzt angewendet. Auf eine Art und Weise, die gegen alles Völkerrecht verstoßen hat, haben unsere Feinde, England voran, es versucht, uns niederzuzwingen. Was der Gewalt der militärischen Anstrengungen nicht gelungen ist,

sollte mit wirtschaftlichen Kampfmitteln erreicht werden. Wirtschaftlich hat man uns vernichten wollen, jetzt hat die Stunde für unsere Feinde geschlagen, wo es sich für sie darum handeln wird, ob ihr eigenes Wirtschaftsleben ihnen noch die Fortsetzung des Krieges gestattet. Daß die positiven Ergebnisse des verschärften U-Bootkrieges nicht gering zu veranschlagen sein werden, lehren uns die Versenkungen der letzten Monate und die neuen Erfolge im Februar; aber die indirekten Wirkungen sind vielleicht noch höher zu werten. Die Versicherungsraten werden sich wiederum erhöhen und die Frachten ungeheuerlich verteuern; auf ein unerträgliches Maß wird jedoch die Frachtraumnot steigen. Auch Mannschaften zur Bedienung der Schiffe anzuwerben, wird wegen der damit verbundenen Lebensgefahr sehr schwierig sein. So wird die ganze Versorgung Englands in Frage gestellt und die Lieferung von Kriegsmaterial vielleicht unmöglich gemacht.

Gelingt dies, so ist das Ende des Krieges gekommen. Weil diese Erkenntnis in Deutschland allgemein ist, so sieht das deutsche Volk mit ruhiger Festigkeit allen möglichen Folgen der verschärften Kriegsführung entgegen. Wenn unser guter Wille nicht vermocht hat, den Krieg zu beenden, so muß es die Schärfe unserer Waffen tun. Hat unsere Regierung nach reiflicher Erwägung aller Möglichkeiten den Augenblick für gekommen erachtet, das Äußerste zu wagen, so steht das deutsche Volk geschlossen hinter den leitenden Stellen, nicht in überschwänglicher Hoffungslosigkeit, aber im festen Vertrauen auf die Güte unserer Waffen und den Erfolg unserer Anstrengungen.

Ernährungsfragen.

Unehrenhaft und vaterlandsschädigend.

„Es gilt nicht als unehrenhaft und vaterlandsschädigend“, sondern als zulässig, sagte Herr von Batocki in der letzten Beiratsitzung des Kriegsernährungsamts, „wenn Leute, die dazu in der Lage sind, sich zu Phantasiepreisen Waren anschaffen, die ihnen nicht zustehen.“ Er hätte, um Mißdeutungen vorzubeugen, hinzufügen sollen: „Seider gilt es in den betreffenden Preisen auch nicht als unehrenhaft und vaterlandsschädigend, wenn Erzeuger, Händler und sonstige Mittelspersonen Phantasiepreise fordern oder annehmen, um rationierte Waren an unberechtigte Personen zu verkaufen, statt sie pflichtgemäß abzuliefern.“ Im übrigen müssen die einen wie die anderen so streng als möglich bestraft werden, wenn die vom Kriegsernährungsamt gewünschte „immer sorgfältigere und gerechtere Verteilung der verfügbaren Gesamtmenge“ auch nur einigermaßen durchgeführt werden soll.

Wo ein Wille ist, fehlt auch das Ergebnis nicht.

Es scheint der Landwirtschaft vielfach nur an geeigneten Einrichtungen zu fehlen, um eine bedeutend vermehrte Ablieferung ihrer Produkte herbeizuführen. Im ostpreussischen Kreise **Pillfallen** z. B., der unter der Russennot schwer gelitten hat, wurden im Oktober 1916 nur 13 Zentner, im November nur 20 Zentner Butter geliefert. Aber schon im Dezember stieg, nachdem den einzelnen Gemeinden bestimmte Mengen zur Ablieferung aufgegeben waren, das Ergebnis auf 250 Zentner. Diese erfreuliche Tatsache widerlegt am besten die so gebräuchlich gewordene Ausrede des Trockenstehens der Röhre und des Futtermangels, und man wird auch für die Milchknappheit andere, durchschlagendere Gründe suchen müssen, wenn man sie glaubhaft machen will. Ganz ähnlich war es in demselben Kreise auch mit den Eiern. Während im November nur 3700 Stück zusammenkamen, brachte, nachdem man die Mitwirkung der Schulen in Anspruch genommen hatte, der Dezember bereits 27 000 Stück. Die Zentralbehörden sollten also wirklich nicht mehr zögern, neben die Leistungsfähigkeit und den guten Willen der Landwirte einen Beweis ihres glänzenden Organisationsvermögens zu stellen. Sie würden damit die allseitig gewünschten guten Beziehungen zwischen Stadt und Land ganz wesentlich fördern.

Arbeiterinnen-Fragen.

Gegen die Entlassung der Arbeiterinnen.

Das Kriegsamt veröffentlicht folgende Mahnung: „Es ist bekannt geworden, daß die Kriegsindustrie vielfach die Entlassung weiblicher Arbeitskräfte ins Auge faßt, weil man hofft, aus den Reihen der Hilfsdienstpflichtigen kräftigere, ausdauerndere und anstelligere Hilfen zu erhalten. Ein solches Vorgehen würde dem Hauptzweck des Gesetzes, eine ausgiebige Vermehrung der Arbeitskräfte zu erzielen, zuwiderlaufen und muß verhindert werden. Das Amt ersucht, durch die Sachverständigen, durch mündliche und schriftliche Belehrung in diesem Sinne zu wirken und überhaupt zu verhindern, daß irgendwelche Arbeitskräfte durch Hilfsdienstpflichtige von ihrer Arbeitsstelle verdrängt werden.“

Allgemeine Rundschau.

Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse für den Vaterländischen Hilfsdienst.

Nach dem Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst muß für jeden unter den Titel VII der Gewerbeordnung fallenden, also fast für jeden gewerblichen Betrieb, in dem mindestens 50 Arbeiter regelmäßig beschäftigt werden, ein Arbeiterausschuß bestehen, dem die Förderung des guten Einvernehmens innerhalb der Arbeiterschaft des Betriebs und zwischen der Arbeiterschaft und dem Arbeitgeber obliegt. Soweit schon Arbeiterausschüsse nach der Gewerbeordnung bestehen, bedarf es der Errichtung neuer Ausschüsse nicht. Voraussetzung ist aber, daß die Kassenvorstände auch tatsächlich vor der Verkündung des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst als Arbeiterausschüsse „bestellt“ sind. Zu dem Zweck muß dem Kassenvorstand und den Arbeitern der Fabrik eröffnet sein, daß der Kassenvorstand die Obliegenheiten eines Arbeiterausschusses wahrzunehmen habe. Für Preußen sind jetzt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen erlassen. Danach kann der Betriebsunternehmer für den ganzen Betrieb einen Ausschuß oder für die einzelnen Betriebsabteilungen je einen Ausschuß errichten. Der Ausschuß besteht aus fünf Mitgliedern, wenn im Betrieb nicht mehr als 250 Arbeiter beschäftigt werden. Für je 50 weitere Arbeiter erhöht sich die Zahl der Ausschußmitglieder mindestens um eins. Bei mehr als 500 Arbeitern muß der Ausschuß aus mindestens zehn Mitgliedern bestehen. Ersatzmänner sind in der doppelten Zahl zu wählen. Für die Wahl ist eine Wahlordnung erlassen, die sich den für die Prankenassen maßgebenden Wahlordnungen im wesentlichen anschließt. Die hier gemachten Erfahrungen werden bei der Durchführung der Wahlen von Nutzen sein. Der Wahlordnung sind einige Muster für Wahlausschreiben, Vorschlagslisten usw. beigelegt, deren Benutzung dem Betriebsunternehmer freigestellt ist. Die Leitung der Wahl geschieht durch den Betriebsunternehmer selbst oder durch seinen Bevollmächtigten oder durch einen Wahlvorstand, der aus dem Betriebsunternehmer und zwei von ihm aus den ältesten Wahlberechtigten berufenen Beisitzern gebildet ist. Wahlberechtigt sind die volljährigen Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts, soweit sie deutsche Reichsangehörigkeit besitzen. Der Betriebsunternehmer oder der von ihm bestellte Vertreter beruft den Ausschuß und leitet seine Verhandlungen. Er kann sich an den Erörterungen beteiligen, doch hat er kein Stimmrecht. Zur Gültigkeit von Beschlüssen des Ausschusses bedarf es der Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder. Die Beschlüsse selbst werden durch Stimmenmehrheit der Anwesenden gefaßt. Ueber jede Sitzung des Ausschusses muß eine Niederschrift aufgenommen werden, die von dem Verhandlungsleiter und mindestens einem Ausschußmitglied zu unterschreiben ist. Sind in einem Betrieb mindestens 50 Personen beschäftigt, die der Angestelltenversicherung unterliegen, so muß für diese ein Angestellten-Ausschuß errichtet werden, der die gleichen Aufgaben wie der Arbeiterausschuß zu erfüllen hat und in gleicher Weise wie dieser zustande kommt. Auch im übrigen gelten alle für die Arbeiterausschüsse erlassenen Bestimmungen entsprechend.

Aus unserer Industrie.

Einführung des metrischen Garnmaßes in der Deutschen Hanfindustrie.

Wie erst nachträglich bekannt wird, hat der Verband deutscher Hanfindustrieller bereits seit Mitte vorigen Jahres Veranlassung genommen, in diesem Gewerbe die metrische Garnnumerierung einzuführen, ohne das früher als unbedingt erforderlich bezeichnete Mitgehen Englands abzuwarten. —

Aus der internationalen Textilindustrie.

Die Umwälzungen, welche der Krieg in der russischen Textilindustrie hervorgerufen hat, treten immer mehr in die Erscheinung. Der Stillstand der Fabriken in Polen hat nicht nur in diesem Lande einen ungeheuren Warenmangel erzeugt, sondern ist auch die Veranlassung, daß die Bauernbevölkerung in Rußland selbst, welche auf den Bezug billiger Lohz Erzeugnisse angewiesen, an Bekleidungsgegenständen den größten Mangel leidet. Die Hersteller in Moskau und Petersburg, welche für die Heeresverwaltung arbeiten müssen, können keinen Ersatz schaffen. — Japan schafft sich weiter eigene Textil-Rohstoff-Märkte und organisiert den Waren-Export in großzügiger Weise. Die Bewegung für den Erlaß von Ausfuhrverboten von Rohseiden aus Japan nimmt an Umfang zu. In Südamerika, das fortgesetzt neue Textilfabriken baut, herrscht Mangel an benötigten Maschinen. Sehr verschlechtert haben sich die Verhältnisse in der Textilindustrie der Skandinavischen Länder, es herrscht Kohlen-, Farbstoff- und Rohstoffmangel. In der Schweiz sind den Wollfabriken neue bedeutende Militärtuch-Aufträge erteilt worden. Alle Textilfabriken in Italien müssen wegen Kohlenmangel beschränkt arbeiten. —

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

Kempten i. Bayern.

Die Arbeiterschaft der hiesigen Baumwollzwirnerei vorm. Gebr. Denzler hat die beiden Organisationsleitungen des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands und des deutschen Textilarbeiterverbandes beauftragt, folgende Eingabe an ihre Firma zu richten:

1. eine allgemeine Lohnerhöhung von 20 Prozent zu gewähren,
2. einen Garantielohn von mindestens 2,50 M. pro Tag,
3. diesen Garantielohn auch bei Warten auf Material und bei Verarbeitung von schlechtem Material zu gewähren,
4. an den Tagen, wo nicht gearbeitet wird, die Erwerbslosenunterstützung an die gesamte Arbeiterschaft auszubezahlen.

Aus dieser Eingabe geht hervor, daß die Lohnverhältnisse in diesem Betrieb sehr darniederliegen. Lediglich die gegenwärtige schwere Zeit und die überaus hohen Lebensmittelpreise sind es gewesen, durch welche auch diese Arbeiterschaft endlich den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation gefunden hat. Nun heißt es aber auch selbstverständlich treu in der Organisation aushalten, um das etwa zu Erreichte auf Grund des Zusammenschlusses auch zu erhalten und auf dem einmal beschrittenen Weg weiter zu bauen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Metelen. Der christliche Textilarbeiterverband hatte am 1. Februar eine Versammlung im Lokale des Herrn Th. Einhoff abberufen, um das neue vaterländische Hilfsdienstgesetz zu besprechen. Außerst zahlreich waren nicht allein die Arbeiterinnen und Arbeiter, sondern auch sonstige Bürger erschienen. Der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe, Kollege Arimann, wies bei Eröffnung der Versammlung darauf hin, wie äußerst wichtig es sei, daß alle sich mit den neuen wichtigen Bestimmungen bekannt

machen müßten. Dann sprach der Gewerkschaftssekretär Camps (Münster) über die neuen gesetzlichen Bestimmungen.

Einleitend bemerkte er, daß vaterländische Hilfsdienstgesetz sei eigentlich eine weitere Ausdehnung der Militärpflicht im günstigeren Sinne. Wie alle wehrpflichtigen Männer ausgerufen würden zum Heeresdienst, um das bedrohte Vaterland zu verteidigen, so solle das vaterländische Hilfsdienstgesetz möglichst alle männlichen Arbeitskräfte vom 17. bis 60. Jahre dafür verwenden, damit auch hinter der Front alles zum Durchhalten Notwendige fertig gestellt und auch die notwendigen Lebensmittel vorhanden wären. Das Gesetz selbst stellt die Freiwilligkeit an die Spitze. Erst wenn nicht genügend freiwillige Meldungen eingehen, dann soll die Zuweisung der Dienstpflichtigen durch den Feststellungsausschuß erfolgen. Wichtig ist aber dabei der § 8, der bestimmt, daß bei der Ueberweisung auf Gesundheit, Wohnort, bisherige Beschäftigung, Familie usw. Rücksicht zu nehmen ist; auch soll der Lohn angemessen sein. Wer mit der Ueberweisung an einen Betrieb nicht einverstanden ist, kann sich mit einer Beschwerde an den bei jedem Generalkommando bestehenden Ausschuss wenden. Kein Unternehmer darf einen Zivildienstpflichtigen annehmen, der nicht einen Abkehrschein von seiner letzten Beschäftigungsstelle mitbringt. Gegen die Verweigerung des Abkehrscheins gibt es das Recht der Beschwerde an den Schlichtungsausschuß. Das Vereins- und Versammlungsrecht darf den Hilfsdienstpflichtigen nicht verkümmert werden. Sollten Arbeitgeber solches dennoch zu tun versuchen, kann der Abkehrschein gefordert werden.

Ferner ist in Betrieben von mindestens 50 Beschäftigten ein Arbeiterausschuß zu bilden. Der Arbeitgeber muß mit diesem verhandeln. Kommt hierbei keine Einigung zustande, kann der Arbeiterausschuß die Angelegenheit dem Schlichtungsausschuß zur Entscheidung vorlegen. Der Schlichtungsausschuß ist auch dann gehalten einen Schiedsspruch zu fällen, wenn der Arbeitgeber nicht erscheint. Dort, wo kein Arbeiterausschuß vorgesehen ist, kann jeder einzelne Arbeiter bei Differenzen sofort zum Schlichtungsausschuß gehen. Gewerbliche Arbeiter, die der Landwirtschaft zugezählt werden, unterstehen nicht der Gefindeordnung. Mit dem Hilfsdienstgesetz, sagte der Redner zum Schluß, sind Dank dem Zusammenhalten der organisierten Arbeiterschaft sozialpolitische Vorteile erreicht worden, um die im Frieden noch lange hätte gekämpft werden müssen. Organisierte Arbeiter sind in allen Instanzen vertreten. Deshalb sei es auch wichtig, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter mehr Solidarität und Bruderliebe zeigten. Die Organisationen der Arbeiter müssen noch bedeutend gestärkt werden, weil auch nach dem Kriege große Aufgaben zu erfüllen sind. Deshalb sollten auch alle Unorganisierten recht bald den Weg zur Organisation finden, damit auch jeder Einzelne den nötigen Rückhalt hätte. Alle wollen wir aber mitarbeiten, daß auch das vaterländische Hilfsdienstgesetz seinen Zweck erfüllt. Der reiche Beifall zeigte, daß die Anwesenden den Berichterstatter verstanden hatten. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

Die Versammlung begrüßt das vaterländische Hilfsdienstgesetz als ein geeignetes Mittel, die militärische und wirtschaftliche Kraft des deutschen Vaterlandes zu steigern und den Weltkrieg zu einem baldigen völlig siegreichen Ende zu führen. Die versammelten Arbeiterinnen und Arbeiter erklären sich gern und freudig bereit, mit aller Kraft an der Durchführung dieses Gesetzes mitzuwirken und ihre Kräfte da einzusetzen, wo sie im Interesse des bedrohten Vaterlandes zur Auswirkung kommen können.

Sie begrüßen es auch, daß in dem Gesetz nicht allein die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes ausgesprochen, sondern auch Sicherungen der Lohn- und Rechtsverhältnisse, sowie Arbeiterausschüsse vorgesehen sind, um so mehr, als die Einigungsämter mit entscheidender Kraft des Schiedsspruchs einer von jeher vertretenen Forderung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung entsprechen.

Nachdem noch einige sich zur Aufnahme in den christlichen Textilarbeiterverband gemeldet hatten, nahm die Versammlung ihr Ende.

Notiz b. Rgb. Am 31. Januar ist in Rußland unser lieber Kollege Georg Hößlein durch eine Granate den Heldentod gestorben. Unsere Ortsgruppe verliert in ihm seinen treuen, verlässigen Kassierer, der sich die Liebe und das Vertrauen aller Mitglieder im reichsten Maße erworben hat. Am 16. Juni 1916 zog er nach Frankreich gegen den Feind und kam am 16. Januar 1917 nach Rußland, wo er so schnell sein Leben lassen mußte. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Seiner teuren Familie, besonders der betagten Mutter, welche nun von den vier im Felde stehenden Söhnen den zweiten opfern mußte, wendet sich allgemeine Teilnahme zu. Der bereits vor einem Jahre gefallene Sohn war der Vorgesetzte der Ortsgruppe Schwabach.

Das Eiserne Kreuz

erhielten für hervorragende Tapferkeit vor dem Feinde folgende Kollegen:

Karl Enger aus Viersen, unter gleichzeitiger Beförderung zum Gefreiten;

Wolfgang Gunkelmann aus Bunsenbach; ferner die Badische Verdienstmedaille, und wurde außerdem zum Gefreiten befördert;

Vize-Feldwebel Anton Kapellmann aus Aachen-S.;

Untoffiz. Franz Jandt aus Aachen-S.;

Mathias Theuer aus Aachen-S.

Den Kollegen zu der hohen Auszeichnung unsere herzlichsten Glückwünsche. Mögen sie gesund in die Heimat zurückkehren.

Ehren-Tafel.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland

Eugen Faller aus Wehr (Inhaber des Eisernen Kreuzes).

Georg Hößlein aus Roth b. Nürnberg.

Karl Müller aus Giesenkirchen.

Heinrich Müllers aus Lobberich.

Otto Dürhagen aus Blombacherbach.

Wir wollen ihr Andenken in Ehren halten.

Den Familien der Gefallenen unser inniges Beileid.

Sterbe-Tafel.



Es starben die Verbandsmitglieder:

Josef Schmitz aus Eupen.

Mathias Broder aus Oedt.

Wilhelm Siegers aus Corschenbroich.

Karl Jaspers aus M.-Gladbach.

Wilhelm Pollen aus Lobberich.

Heinrich Frieters aus Viersen.

Johann Hermanns aus Aachen.

Barbara Rothen aus Viersen.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Bocholt. 25. Februar und 4. März Abrechnung der Vertrauensleute von 10 bis 12 Uhr auf dem Büro.

Schlich bei Düren. 25. Februar, 6 Uhr, im Lokale Sint.

Inhaltsverzeichnis.

Abchied nach dem Urlaub. — Artikel: Zur Zusammenlegung der Betriebe in der Textilindustrie. — Vom Krieg: Der letzte Teil des Weltkrieges. — Ernährungsfragen: Unehrenhaft und vaterlandschädigend. — Wo ein Wille ist, fehlt auch das Ergebnis nicht. — Arbeiterinnen-Fragen: Gegen die Entlassung der Arbeiterinnen. — Allgemeine Rundschau: Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse für den vaterländischen Hilfsdienst. — Aus unserer Industrie: Einführung des metrischen Garnmaßes in der Deutschen Hanfindustrie. — Aus der internationalen Textilindustrie. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten: Kempten i. Bayern. — Berichte aus den Ortsgruppen: Metelen, Roth. — Das Eiserne Kreuz. — Ehren- und Sterbetafel.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. B.: E. M. Schiffer, Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7.